

**KANTONS RATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 15. Mai 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

B 67 Präzisierung der Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereiche der Departements- und der Dienststellenleitungen; Entwurf Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer Gesetze / Justiz- und Sicherheitsdepartement**2. Beratung**

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Daniel Gasser.
Daniel Gasser: Die SPK hat die Botschaft B 67 an ihrer Sitzung vom 5. April 2017 zum zweiten Mal beraten und stimmte ihr in der Schlussabstimmung mit 13 zu 0 Stimmen zu. Aufgrund der ersten Beratung im Kantonsrat wurde ein Antrag von Urban Sager zur Beratung in die Kommission zurückgenommen. Urban Sager beantragte, dass die zuständigen Departementsvorsteher in jedem Fall über den Eingang einer Aufsichtsbeschwerde zu informieren seien. Nach eingehender Information durch Gregor Zemp vom Rechtsdienst des Justiz- und Sicherheitsdepartementes und Beratung in der Kommission wurde dieser Antrag vom Antragsteller zurückgezogen. Die Botschaft B 67 in vorliegender Form erfüllt das Anliegen. Gleichzeitig gibt es auch noch andere Instrumente, wie zum Beispiel die aufsichtsrechtliche Anzeige. Dem Inkrafttreten der Vorlage per 1. September 2017 stimmte die Kommission mit 13 zu 0 Stimmen zu. Alle weiteren Anträge sind redaktioneller Art und haben auf die Botschaft B 67 keinen inhaltlichen Einfluss. Sie stammen durchwegs von der Redaktionskommission. Die SPK ist überzeugt, dass mit der heutigen Vorlage den Anliegen der Motion M 497 der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) aus dem Jahr 2014 Rechnung getragen wird. In der Schlussabstimmung stimmte die SPK der Vorlage B 67 in der 2. Beratung mit 13 zu 0 Stimmen zu. Wir bitten Sie, der Botschaft B 67, wie sie aus der Beratung der SPK hervorgegangen ist, zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich kann mich dem Votum von Kommissionspräsident Daniel Gasser nur anschliessen und bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gesetzes über die Organisation von Regierung und Verwaltung (Organisationsgesetz, OG), wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 106 zu 0 Stimmen zu.